

# Wenige Euro die Stunde: Das Lohnspektrum franst nach unten aus

**Der Niedriglohnssektor wächst. Schon seit mehr als einem Jahrzehnt, aber in der jüngsten Vergangenheit immer schneller.**

6,5 Millionen Arbeitnehmer oder 22 Prozent der Beschäftigten in Deutschland bekommen Niedriglöhne. Das geht aus einer neuen Untersuchung des Forschungsinstituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen hervor.\* „Während Deutschland lange für seine ausgeglichene Einkommensstruktur bekannt war, ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigung seit Mitte der 90er-Jahre deutlich gestiegen“, so die Studie. Die Autoren fanden „vermehrt Hinweise darauf, dass das Lohnspektrum in Deutschland zunehmend nach unten ausfranst“.

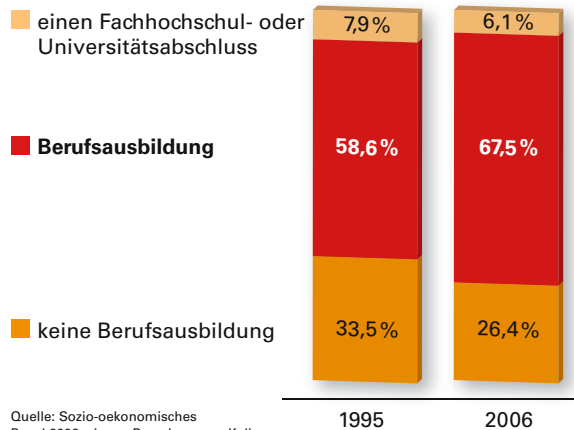
Die Wissenschaftler verwenden die Niedriglohndefinition der OECD. Demnach gilt als Geringverdiener, wer weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns bekommt. In Westdeutschland liegt diese Grenze bei einem Bruttostundenlohn von 9,61 Euro, in Ostdeutschland bei 6,81 Euro. Die Analyse des IAQ stützt sich auf das sozio-oekonomische Panel 2006. Sie umfasst alle Beschäftigungsformen inklusive Minijobs und Teilzeitarbeit.

**Allein zwischen 2004 und 2006 stieg die Niedriglohnbeschäftigung um zehn Prozent.** Und das bedeutet nicht nur, dass die Verdienste der Geringverdiener hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleiben: Die durchschnittlichen Stundenlöhne der Niedriglöhner sind während der letzten beiden Jahre des Untersuchungszeitraums sogar absolut gesunken – in Westdeutschland von 7,25 Euro auf 6,89 Euro und im Osten von 5,48 Euro auf 4,86 Euro.

Ein weiterer Beleg für die Einschätzung, dass sich „das Lohnspektrum nach unten weiter ausdehnt“: Mit einem

## Ausbildung bietet weniger Schutz

Von allen Beschäftigten mit Niedriglohn hatten ...



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 2006, eigene Berechnungen Kalina, Weinkopf 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Bruttostundenlohn von fünf Euro oder weniger mussten 2006 etwa 1,9 Millionen Arbeitnehmer auskommen. Das sind 400.000 mehr als zwei Jahre zuvor.

**Auch gut Qualifizierte werden schlecht bezahlt.** Knapp drei Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben eine Berufsausbildung absolviert oder studiert. 1995 lag ihr Anteil erst bei knapp 67 Prozent.

Nur ein gutes Viertel der Niedriglöhner hat keine Berufsausbildung. Gleichzeitig gilt jedoch: Fast die Hälfte der Beschäftigten ohne Berufsausbildung arbeitet für einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Überdurchschnittlich ▶

## Mindestlohn ersetzt keine Familienpolitik

**Eine gesetzliche Lohnuntergrenze könnte den Niedriglohnssektor eindämmen. Um Beschäftigte mit großen Familien vor Armut zu bewahren, ist dennoch Sozialpolitik gefragt.**

Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre ein wirkungsvolles Instrument, um Armut trotz Arbeit in Deutschland spürbar zu verringern, so WSI-Forscher Claus Schäfer.\* Doch ein Allheilmittel sei er nicht: Eine obligatorische Lohnuntergrenze von 7,50 Euro würde den einzelnen Vollzeitbeschäftigten zwar über die individuelle Bedürftigkeitschwelle heben. Den Existenzsicherungsbedarf von Familien – insbesondere große-

ren – könnte der Mindestlohn in vielen Fällen aber nicht decken. Doch dies ist nach Schäfer auch gar nicht seine Aufgabe. Hier geht es vielmehr um Familienpolitik: Kurzfristig könne ein verbesserter Kinderzuschlag helfen, langfristig die Einführung eines bedarfsdeckenden Kinderexistenzgelds.

Der Forscher verweist auf die „heute gültige Quasi-Arbeitsteilung zwischen Markt und Staat“: Der Arbeitgeber sei

für die Leistungsentlohnung des einzelnen Erwerbstätigen zuständig und der Staat für den Familienlastenausgleich. Von völlig falschen Voraussetzungen gingen Berechnungen aus, nach denen Mindestlöhne unrealistische Höhen erreichen müssten, um Familienarmut zu beseitigen. In einer kürzlich veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung war von 20 Euro pro Stunde und mehr die Rede.

Schäfer wendet sich außerdem gegen das Argument, Mindestlöhne seien nur für

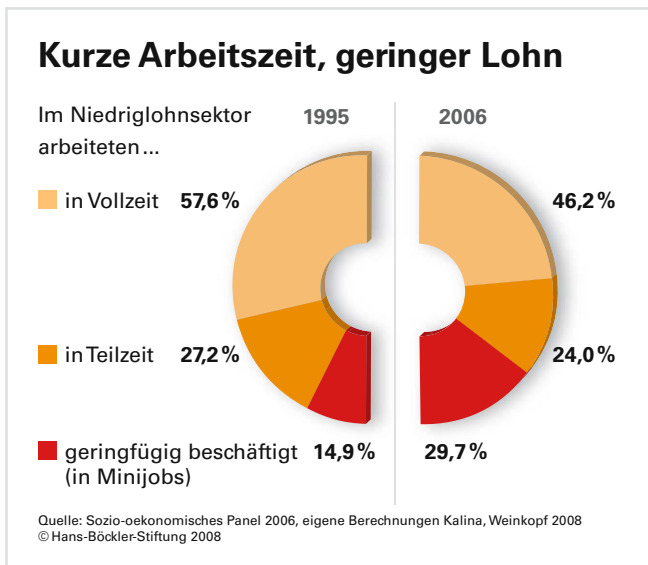
Vollzeitbeschäftigte sinnvoll – weil viele Teilzeit- und Nebenjobber ja selbst mit Mindestlohn nicht von ihrer Erwerbstätigkeit allein leben könnten. Der Wissenschaftler hält eine Unterscheidung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten beim Mindestlohn jedoch nicht für sachgerecht. Es gebe keinen Grund, die Arbeitsleistung von Beschäftigten mit reduzierter Stundenzahl systematisch niedriger zu bewerten als die von Fulltime-Jobbern.

\* Claus Schäfer ist Verteilungsexperte am WSI.

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

► häufig müssen sich auch Frauen, Jüngere und Ausländer mit geringen Verdiensten zufrieden geben.

**Nicht nur Minijobber** sind von Niedriglohnbeschäftigung betroffen – die allerdings besonders häufig. Mehr als 90 Prozent der geringfügig Beschäftigten beziehen Niedriglöhne.



Doch auch jeder siebte Vollzeitbeschäftigte und jeder vierte sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer kommt nicht über die Niedriglohngrenze.

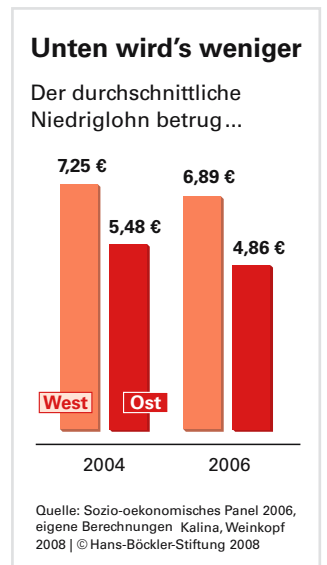
Das IAQ zeichnet die Verschiebungen zwischen den verschiedenen Beschäftigungsformen im Niedriglohnsektor nach: Vollzeitbeschäftigte stellten 1995 mit 58 Prozent noch eindeutig die Mehrheit unter den Geringverdienern. Bis 2006 nahm ihr Anteil auf 46 Prozent ab. Im Gegenzug verdoppelte sich der Anteil der geringfügig Beschäftigten.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland einen höheren Niedriglohnanteil hat als Frankreich, Dänemark oder Holland. Die deutsche Quote liegt kaum unter

den Werten für Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Und in keinem der anderen Länder sei die Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahre so stark gestiegen wie hierzulande, schreibt das IAQ. Eine „Ausdifferenzierung der Löhne nach unten“, wie sie in Deutschland stattfindet, sei in den Nachbarländern nicht denkbar – weil gesetzliche Mindestlöhne oder Tarifstandards dies verhinderten.

Gerade im Vergleich mit anderen Ländern falle der hohe Anteil qualifizierter Niedriglöhner in Deutschland auf, bemerkt das IAQ. Gleichzeitig sei die Chance, aus einem schlecht bezahlten in einen besser dotierten Job zu wechseln, hierzulande besonders gering.

**Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat Folgen für das gesamte Lohngefüge,** wie die Forscher erläutern: Die Möglichkeit der Arbeitgeber, auf schlechter bezahlte Beschäftigte zurückzugreifen, bleibe vielfach „nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Arbeitsplätze“. Um zu verhindern, dass ein Teil der Arbeit Minijobbern oder Zeitarbeitern übertragen werde, sähen sich Gewerkschaften und Betriebsräte oft gezwungen, der Streichung von Zuschlägen, Verlängerung der Arbeitszeit, oder Lohnkürzung zuzustimmen. Das Gleiche könne geschehen, wenn Tätigkeiten durch Outsourcing in Bereiche mit niedrigen oder ohne Tariflöhne verlagert würden. ◀



\* Quelle: Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung, IAQ-Report 1/2008.  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## TARIFPOLITIK

### Deutliche Reallohnverluste im öffentlichen Dienst

Seit der Umstellung des Tarifsystems im Jahr 2005 hinkt die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst dem ohnehin moderaten gesamtwirtschaftlichen Trend hinterher, stellt das WSI-Tarifarchiv fest. Während die Tarifsteigerungen etwa für viele Beschäftigte in der Industrie oder bei den Banken in diesem Zeitraum zumindest deutlich über der Inflationsrate lagen, seien die Gehälter der öffentlich Beschäftigten seit 2005 nicht mehr prozentual angehoben worden. Stattdessen wurde lediglich eine Pauschale von jährlich 300 Euro gezahlt. Zieht man die Preissteigerung ab, verloren die Staatsdiener in den vergangenen drei Jahren Einkommen. 2007 sanken ihre Löhne nach Berechnungen des WSI-Tarifarchivs real um 1,5 Prozent. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt konnten die Tarifierhöhungen 2007 den Preisanstieg gerade ausgleichen. ◀

\* Quelle: WSI-Tarifarchiv 2008  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

